

ZA 356

Institut für Hochschulforschung und Hochschulplanung  
an der Maria Theresia-Universität Wien  
BIBLIOTHEK  
Collegienstraße 12  
10800 Luthertempelplatz

# BEITRÄGE ZUR HOCHSCHULFORSCHUNG

Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung

IHF

Beiträge zur Hochschulforschung

3-1991

3-1991

## Die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst

### Zur Geschichte einer "Auf"-Wicklung

Carl-Hellmut Wagemann

Beiträge zur Hochschulforschung 3-1991

Die Geschichtsschreibung kann mit dem 3. Dezember 1990 beginnen. An diesem Tage ging ein offener Brief an den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Herrn Dr. Jürgen W. Möllemann zur Post. 19 Hochschulforscher wandten sich in diesem Brief gegen die ersatzlose "Abwicklung" des Zentralinstituts für Hochschulbildung in Berlin-Karlshorst. (Für jeden, der diesen Fachterminus nicht kennt: die ersatzlose Auflösung des Instituts und die Entlassung aller Mitarbeiter.)

Das Zentralinstitut für Hochschulbildung hatte eine besondere Bedeutung innerhalb des Systems der zentralen Leitung und Steuerung des Hochschulwesens in der DDR, seine Geschichte muß gesondert geschrieben werden, interessant und lehrreich genug ist sie. Auch ohne eingehende Diskussion war klar, daß die Aufgaben eines solchen Instituts in einem vereinigten Deutschland mit seiner föderativen Struktur des Wissenschaftsbereichs entfielen. Die Hochschulforscher wandten sich daher auch nicht prinzipiell gegen die Auflösung des Instituts. Sie gaben aber zu bedenken, daß die wissenschaftliche Bearbeitung der Fragen im Hochschulbereich - also Hochschulforschung - bei der Integration des Hochschulwesens der DDR in das vereinte Deutschland notwendig und insbesondere für die Regierungen in den neuen Ländern und für den Bund hilfreich wäre. Gerade für solche wissenschaftliche Arbeit wären Mitarbeiter dieses Instituts besonders geeignet, weil sie nicht nur im wissenschaftlichen Handwerkszeug erfahren und ausgewiesen sind, sondern weil sie auch eine intime Kenntnis des Bildungssystems der DDR besitzen, um realitätsnahe Ergebnisse zu formulieren. Die 19 Wissenschaftler regten in ihrem Brief an den Minister eine genaue Prüfung der Arbeit des bisherigen Instituts an, die Bereitstellung einer Übergangsfinanzierung, den Aufbau von Forschungsgruppen zur Beratung der Regierungen der neuen Länder und insbesondere Aktivitäten zum Erhalt der in Karlshorst vorhandenen Bibliothek.

Die Bibliothek war schon vorher in das öffentliche Interesse gerückt. Der Leiter des Informationszentrums des Zentralinstituts wandte sich am 22.1.1990 mit einem Brief an verschiedene einschlägige Institute in Westdeutschland. Er schilderte neben den Möglichkeiten der verschiedenen Forschungsabteilungen des Zentralinstituts insbesondere das "Automatisierte Dokumentations- und Recherchesystem" mit seinem Speicher von etwa 55.000 Nachweisen, die "Forschungsinformation" mit ihrer Fähigkeit zur Beschaffung und Auswertung vielfältiger Literatur im Bereich der Hochschulbildung und die Bibliothek mit ihren etwa 25.000 Monographien und 600 Periodika.

Am 25. Juli 1990 wandten sich die beiden verantwortlichen Fachleiter in einem Brief noch einmal an die Öffentlichkeit: "Die Sorge ist groß, das hohe

Tempo der Vereinigung der beiden deutschen Staaten könnte manches unter die Räder kommen lassen, das zu erhalten Vernunft und Verantwortung gebieten." Dieser Hilferuf, das Informationssystem und die Bibliothek zu erhalten, erreichte die Westdeutsche Rektorenkonferenz und die Kultusministerkonferenz. Bei beiden erzeugte er Resonanz und auch Vorstellungen, wie zu helfen sei. Es wurde der Plan entwickelt, acht Stellen zur Pflege des Informationsdienstes und der Bibliothek zu schaffen, die Kultusministerkonferenz bemühte sich um die Finanzierung. So schnell, wie das Jahr voranschritt und mithin der Termin der "Abwicklung" näher rückte, ließ er sich allerdings nicht realisieren. Am 3. Dezember, dem Datum des offenen Briefes an den Bundesminister, war noch kein Schritt verwirklicht.

Am 7. Dezember gab die Berliner Wissenschaftskommission - ein zur Beratung der Senatorin für Wissenschaft und Forschung in Fragen der Integration des Hochschulbereichs von Berlin gebildetes Gremium - eine Stellungnahme ab. Sie empfahl die Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung von Forschungsprojekten, die Anbindung dieser Mittel als "Mittel Dritter" an die Technische Universität Berlin, die Bildung eines Beirats und die Verortung der so entstehenden Projektgruppe in Räumen des - bald - ehemaligen Zentralinstituts. Auf Initiative von Ulrich Teichler - Mitglied der Wissenschaftskommission - entstand aus dieser Empfehlung eine Anregung an den Bundeswissenschaftsminister, sich zu engagieren. Der offene Brief war damit durch ein realisierbares Konzept ergänzt.

Die Anregung erreichte beim Bundesminister ein offenes Ohr und eine zahlungsbereite Hand. Dann ging alles sehr schnell:

Kurz vor Weihnachten kam das "grüne Licht" aus Bonn. Beim Kanzler der Technischen Universität fand ein kurzfristig anberaumtes Gespräch statt. Ich wurde um die Leitung der aufzubauenden Projektgruppe gebeten und sagte ohne weitere Überlegungen zu. Das Land Berlin stellte das Haus in Karlsruhorst - das zentrale Gebäude des vorherigen Zentralinstituts - mit zwei Geschossen zur Verfügung. Als Rechtskonstruktion für die Projektgruppe ergab sich die denkbar einfachste als einzig mögliche: Privatverträge mit dem Leiter, alle anderen Konstruktionen waren in der Kürze der Zeit und mit den begrenzten Mitteln nicht zu verwirklichen. Die Schwierigkeiten, Verträge abzuschließen und die Mittel ordnungsgemäß zu verwalten, waren trotzdem erheblich. Die Probleme, das Haus bewohnbar zu erhalten - Reinigung, Telefon, Post, Reparatur - waren es auch. Die ersten Monate im Jahr 1991 waren der Lage des Matrosen Robinson auf seiner einsamen Insel nicht ganz unähnlich - aber davon soll jetzt nicht die Rede sein.

Für die zu bearbeitenden Projekte waren die Themen schnell formuliert:

- 1) Pflege der Spezialbibliothek und Fortführung der Literaturdatenbank
- 2) Sicherung und Auswertung der Daten zu Hochschulstruktur und Hochschulpersonal
- 3) Äquivalenzuntersuchungen zu Studiengängen zwischen Hochschulen der alten und neuen Länder
- 4) Übergangsprozesse von Hochschulabsolventen, insbesondere von Frauen
- 5) Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepte
- 6) Ermittlung/ Quantifizierung der Hochschulzugänger nach den einzelnen Hochschulzugangswegen
- 7) Auswärtige Wissenschaftspolitik mit dem Schwerpunkt auf osteuropäische Entwicklungen

Zwischen Weihnachten und Neujahr wurde die Mitarbeit an diesen sieben Projekten für die Mitarbeiter im abzuwickelnden Zentralinstitut für Hochschulbildung ausgeschrieben. Die ersten Januartage dienten einer Vorauswahl unter den etwa 100 Bewerbern. Am 16. und 23. Januar gab es eine Anhörung, die zur Auswahl der 20 Mitarbeiter führte, 18 traten dann ihre Arbeit am 1. Februar tatsächlich an.

Noch zum Jahreswechsel konnten neben Dr. Wolfgang Mönikes als Vertreter des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft und Dr. Wieland Hempel als Vertreter des Landes Berlin Kollegen aus der Hochschulforschung für die Mitarbeit in einem Beirat gewonnen werden:

- Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt, Berlin
- Dr. Stefan Lullies, München
- Prof. Dr. Ulrich Teichler, Kassel, und später noch
- Dr. Heinz Griesbach, Hannover.

Der Beirat traf sich im Januar vor dem Start des Projekts zweimal, um Einzelheiten der Bestimmung der Projektthemen zu klären und einen Arbeitszeitplan zu beraten. Im Juni und im Juli traf er sich erneut, beriet die Arbeitsergebnisse und die Perspektive über 1991 hinaus.

Die Mittel waren vom Bundesminister zunächst nur für 1991 zur Verfügung gestellt. Aber es gibt die Absicht, die Projektarbeit über das Ende des Jahres hinaus fortzuführen.

Der Plan, in Berlin-Karlshorst eine Projektgruppe für Hochschulforschung einzurichten und die Mitarbeiter aus dem Kreis der Wissenschaftler des ehemaligen Zentralinstituts für Hochschulbildung zu gewinnen, folgte nicht nur einfach dem Interesse an der Bearbeitung der oben genannten Themen für den Bereich der neuen Länder - die in den alten Bundesländern vorhandenen Institute für Hochschulforschung hätten entsprechende Aufgaben auch erledigen können. Die Gründung der Projektgruppe war dagegen stark durch die Überlegung bestimmt, daß die Innenansicht der DDR und ihrer Geschichte im Bildungsbereich notwendig ist, damit das durch Forschungen gezeichnete Bild der Wirklichkeit in den neuen Ländern realistisch wird. Die konkrete Arbeit hat die Richtigkeit dieser Annahme gezeigt: Die Kenntnis vieler Details und das Wissen über die gegenüber unserem westlichen Sprachgebrauch andere Bedeutung vieler Wörter ist notwendig, um Angemessenes auszusagen. Die einfache Übernahme westlicher Systeme im Hochschulbereich ist nicht möglich, 40 Jahre der Geschichte können weder vergessen, noch einfach beiseite gelegt werden.

Inzwischen liegen die ersten Ergebnisse der Arbeit vor. Sie sind in den für die Hochschulpolitik in den neuen Bundesländern verantwortlichen Kreisen zur Kenntnis genommen worden, werden diskutiert, dienen als Begründungsvorrat für die Planungen und Entscheidungen.

Die Bibliothek kann dank eines Zuschusses des Stifterverbandes der deutschen Wissenschaft im Jahr 1991 Monographien neu beschaffen und auch die Kontinuität der Periodika sichern. Der Materialaustausch mit weltweit etwa 400 Partnern wird weitergeführt. Besonders interessant und viel genutzt ist ein Archiv mit Dokumenten aus dem Hochschulbereich der DDR, das in diesem Umfang an anderen Orten nicht vorhanden ist. Die Literaturdatenbank, wertvolles Erbe des Zentralinstituts, ist in dem 1989 vorhandenen Bestand auf "Zettelkarteien", Teile auch auf Magnetbändern (für deren Lektüre allerdings sowohl die hardware als auch die software nicht unmittelbar greifbar ist) gesichert. Der Speicher auf der Platte des Rechners in Magdeburg ist allerdings verloren. Der Rechner ist abgebaut und eine software zum Umspeichern der Daten nicht vorhanden. Einige Rechercheaufträge konnten noch ausgeführt werden. An Versuchen, die Magdeburger Daten zu sichern, hat es nicht gefehlt. Schließlich haben wir uns mit der Einsicht zu trösten versucht, daß in Magdeburg nur der Nachweis der Literatur lag (einschließlich Angabe des Standorts und einem abstract), nicht aber die

Literatur selbst. Diese ist nun zwar schwerer zu finden, aber im Prinzip ist sie genauso vorhanden wie mit dem Speicher.

Daß die Arbeit in diesem halben Jahr möglich war, ist der Bereitschaft zur Zusammenarbeit vieler Menschen zu danken: Der Bundesminister hat nicht nur die Finanzierung unkompliziert und schnell gesichert, er hat auch bei der Verwaltung des Projekts durch Mitarbeiterinnen in seiner Außenstelle in Berlin geholfen. Die Kollegen im Beirat haben viel Zeit hergegeben und sich mit Reisen nach Berlin engagiert. Der Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin sichert die Grundausrüstung, die Technische Universität stellt einiges an technischer Hilfe zur Verfügung. Wir danken besonders dem Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, daß es uns Gelegenheit gibt, die ersten Arbeitsergebnisse in einem Heft seiner Reihe zu schildern und damit in der Fachwelt zu verbreiten. Wir hoffen auf kritisch-positive Resonanz.

**Anschrift des Verfassers:**

Prof. Dr.-Ing. Carl-Hellmut Wagemann  
Technische Universität Berlin  
Institut für Medienpädagogik und Hochschuldidaktik  
Franklinstraße 28/29, Sekr Fr 4-8